

ANFRAGE von Hans Egli (EDU, Steinmaur), Roger Cadonau (EDU, Wetzikon) und Renato Pfeffer (EVP, Richterswil)

Betreffend Ersatzfreiheitsstrafen wegen unbezahlter ÖV-Bussen

Ersatzfreiheitsstrafen verursachen erhebliche Kosten für den Staat. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Freiheitsfonds zeigt, dass in der Schweiz immer wieder Menschen im Gefängnis landen, weil sie Geldstrafen oder Bussen nicht bezahlen können – darunter auch Bussen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrausweis im öffentlichen Verkehr.

Dabei gilt ein zentraler Grundsatz: Wer den öffentlichen Verkehr nutzt, muss den dafür vorgesehenen Fahrpreis bezahlen. Armut darf keine Rechtfertigung sein, ohne gültigen Fahrausweis zu reisen. Die bestehenden Regeln müssen für alle gleich gelten. Ebenso wäre es aus unserer Sicht nicht sinnvoll, allen einkommensschwachen Personen pauschal ein ÖV-Abonnement zu finanzieren.

Gleichzeitig ist unbestritten, dass Menschen in prekären finanziellen Situationen oft nur schwer wieder herausfinden. Gerade bei Personen ohne steuerbares Einkommen und ohne Vermögen können bereits kleine Forderungen eine Kette von Betreibungen, Strafverfahren und schliesslich Ersatzfreiheitsstrafen auslösen. Diese Entwicklung hilft weder den Betroffenen noch der Allgemeinheit. Sie belastet Gerichte, Polizei und Justizvollzug, verursacht hohe Kosten und bindet Ressourcen im Gefängnissystem, ohne dass daraus ein gesellschaftlicher Mehrwert entsteht.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Ersatzfreiheitsstrafen wurden im Kanton Zürich in den vergangenen zehn Jahren aufgrund nicht bezahlter Bussen oder Geldforderungen im Zusammenhang mit Fahren ohne gültigen Fahrausweis im öffentlichen Verkehr vollzogen? Falls möglich, wird um eine jährliche Aufschlüsselung gebeten.
2. Wie viele Hafttage entfielen in den letzten zehn Jahren pro Jahr auf solche Ersatzfreiheitsstrafen?
3. Welche direkten Kosten entstanden dem Kanton Zürich in den vergangenen zehn Jahren durch diese Ersatzfreiheitsstrafen, insbesondere für Justizvollzug, Polizei und Zuführungen, Gerichte, Staatsanwaltschaften sowie weitere betroffene?
4. Liegt dem Regierungsrat eine Schätzung oder Berechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtkosten solcher Ersatzfreiheitsstrafen vor?
5. Hat der Regierungsrat geprüft oder würde er prüfen, ob alternative Massnahmen – beispielsweise gemeinnützige Arbeitseinsätze wie Neophyten-Bekämpfung oder Littering-Säuberungen – kostengünstiger wären als die Durchführung von Ersatzfreiheitsstrafen?
6. Hat der Regierungsrat Berechnungen vorgenommen oder kann er abschätzen, welche Kosten solche alternativen Arbeitseinsätze verursachen würden und welche Einsparungen bei Polizei, Gerichten und Justizvollzug dadurch allenfalls erzielt werden könnten?

Hans Egli
Roger Cadonau
Renato Pfeffer